Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 476. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. **Sonnabend, den 11. October 1862.**

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Turin, 9. Oct. Die „Discussione" sagt: Die Reise Ratazzi's nach Paris könne nur dann stattfinden, wenn vorläufige Besprechungen ihm ein für Italien günstiges Resultat sichern.

Marburg, 10. Oct. Der Exminister Hassenpflug ist in der verwichenen Nacht um 2 Uhr gestorben.

Konstantinopel, 4. Okt. (über Triest). Der Sultan ist gestern zurückgekommen. Said Pascha ist am 30. v. Mts. in Alexandrien eingetroffen. Mehemed Djemil Pascha ist am 1. nach Paris abgereist. General Philippovich in Semlin erhielt den Medschidie-Orden erster Klasse. Die Pforte beantwortete die russischen Bemerkungen betreffs der Militärstraße in Montenegro ablehnend.

Kopenhagen, 9. Okt. „Fädrelandet" erklärt das hier umlaufende Gerücht, der dänische Gesandte am Bundestage, Baron B. von Bülow, habe sein Entlassungsgesuch eingereicht, für Wahrheit. Es heißt, daß derselbe den ihm angebotenen Posten als Ministerpräsident in Mecklenburg-Strelitz übernehmen will. (H. N.)

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

Einundzwanzigste Sitzung des Herrenhauses (10. Oct.).

Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Das Haus ist zahlreich besetzt, namentlich auf der Rechten; unter andern ist auch Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen wieder anwesend. Herr v. Gruner hat auf der Linken Platz genommen. — Die Tribünen sind stark besetzt; viele Mitglieder des andern Hauses wohnen der Sitzung bei; in der Hofloge der frühere Minister v. Auerswald. Auch die Diplomatie ist stark vertreten.

Am Ministertische erscheint bald nach Beginn der Sitzung das gesammte Staatsministerium. Der Finanzminister wird von vielen Mitgliedern lebhaft begrüßt.

Zunächst wird die Angelegenheit der oberschlesischen Typhus-Waisen nach dem Beschlusse des Hauses ohne Discussion erledigt.

Es folgt die Berathung der Budgetfrage, nach dem gestern besprochenen Bericht der Budget-Commission. Die Commission beantragt vor definitiver Beschlußnahme eine vorgängige „Zwischenverhandlung" mit dem andern Hause.

Graf Arnim-Boitzenburg hat ein von 58 Mitgliedern (von der äußersten Rechten und der Rechten) unterstütztes Amendement eingebracht, wonach das Herrenhaus, in Erwägung der bisherigen Vorgänge in der Reorganisationsfrage (Nothwendigkeit, Nützlichkeit, guter Glauben, in den die Regierung versetzt sei), beschließen soll: „1) den Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für das Jahr 1862 in derjenigen Fassung, in welcher derselbe aus den Berathungen des Hauses der Abgeordneten hervorgegangen ist, abzulehnen; 2) denselben Gesetzentwurf, wie derselbe von der königl. Staatsregierung durch allerhöchste Ermächtigung vom 25. Mai d. J. den beiden Häusern des Landtages zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorgelegt ist, anzunehmen." — In den Gründen ist hervorgehoben: eine Verhandlung mit dem andern Hause widerspreche dem Gebrauche der Häuser; nach der königl. Ermächtigung vom 25. Mai d. J. sei der Finanzminister beauftragt, das Budget für 1862 „den beiden Häusern des Landtages Unserer Monarchie zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen." Im Anschluß daran heißt es: „Ehe nicht die Staatsregierung dem Landtage erklärt, daß sie ihren Entwurf zurücknehme, oder in eine andere Fassung willige, besteht er in Kraft. Sie hat keins von beiden gethan. Denn sie hat den wesentlichsten Abänderungen seitens des Abgeordnetenhauses widersprochen, und sie als unannehmbar erklärt. Einzelne unwesentlichere Veränderungen hat sie eventuell als solche bezeichnet, auf welche einzugehen sie geneigt sein würde, wenn in den Hauptpunkten ein Budget übrigens zu vereinbaren sei. Wollte die Regierung Aenderungen ihres Entwurfes definitiv vornehmen, so müßte dies durch einen Nachtrag mittelst erneuter allerhöchster Ermächtigung geschehen. Das Herrenhaus hat also den Regierungs-Entwurf, wie bei allen anderen Gesetzen, als dem der Fassung des Abgeordnetenhauses gegenüber in voller Kraft bestehenden, zu behandeln. — Wenn einer von beiden als Amendement zum andern zu betrachten, so ist die Fassung des Abgeordnetenhauses das Amendement zum Regierungs-Entwurf. Ist dies Amendement im Ganzen abgelehnt, so muß über die Regierungs-Vorlage abgestimmt werden."

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die General-Debatte sofort über die Hauptfrage: „Annehmen oder Ablehnen?" eröffnet. Ref. Dr. Bruggemann recapitulirt kurz den Gang der Commissionsverhandlungen. — Der Ministerpräsident v. Bismarck verliest darauf die durch die Depesche im heutigen Morgenblatt bekannte Erklärung.

Graf Rittberg für den Comm.-Antrag; es komme nicht darauf an, ob man mit allen von der Commission geltend gemachten Bedenken einverstanden sei; der Vermittelungsvorschlag derselben empfehle sich, weil er zu einer geeigneten verfassungsmäßigen Lösung führen könne. Dadurch, daß die Regierung versprochen habe, den Etat für das folgende Jahr bereits im Beginn des vorhergehenden vorzulegen, sei eine Lücke in der Verfassung ausgefüllt. Was solle nun aber mit der andern Lücke werden, wenn nämlich aus andern Gründen, als wegen zu später Vorlegung, das Budget nicht rechtzeitig zu Stande kommen könne. Zur Beantwortung dieser Frage geht Redner (der bei der Unruhe des Hauses sehr schwer zu verstehen ist) auf die Kammerverhandlungen des Jahres 1849/50 wegen Revision der Verfassung zurück, und kommt zu dem Resultat, daß, wenn auch das Verfahren des Abgeordnetenhauses dem Wortlaut der Verfassung entspreche, es doch nach seiner individuellen Auffassung politisch unmöglich sei, die Reorganisation wieder rückgängig zu machen. Er erinnere daran, daß nur mit Rücksicht auf die Reorganisation der Armee und die dadurch erforderlichen Mehrausgaben das Herrenhaus in die Grundsteuervorlagen gewilligt habe. Die Reorganisation mit ihrer verstärkten Rekrutirung entspreche vollkommen der seit 1814 eingetretenen Vergrößerung des Staats, die Schonung der Landwehr genüge den Principien der Gerechtigkeit. Unsere Armee sei ein Volksherr, eine Kluft zwischen ihr und dem Volke existire nicht. Der Minister habe sich übrigens ja mit einer Modification der Militärprozeßordnung einverstanden erklärt, und ein Verfahren von einem aus Civil- und Militärrichtern zusammengesetztes Gericht würde sich in der That empfehlen.

Aus allen diesen Gründen empfehle sich der Vermittelungsweg. Sollte das Abgeordnetenhaus darauf nicht eingehen, so würde er sich, wenn auch mit schwerem Herzen, für Ablehnung des Budgets erklären. Denn er verhehle sich die schlimmen Folgen dieser Ablehnung nicht. Dann sei auf Grund des alten Budgets weiter zu regieren und die in jedem neuen Budget nothwendigen, für die Entwicklung und Existenz des Staats unumgänglichen, Augmentationen seien unmöglich. Er wolle deshalb jedes noch mögliche Mittel zur Versöhnung angewendet wissen, und hoffe, daß, wenn nunmehr auch das Gewicht des Votums des Herrenhauses, als des gleichberechtigten Factors der Gesetzgebung, mit in die Waagschale falle, das andere Haus sich doch noch zur Annahme des am 7. Oct. abgelehnten Vincke'schen Amendements bereit finden lassen könnte, — wenn diese Hoffnung allerdings auch nur eine schwache sei. — Hr. v. Below: Er befinde sich, im Gegensatze zu dem Vorredner, nicht in einer trüben, sondern in einer gehobenen Stimmung durch die heute vernommene Erklärung der königl. Staatsregierung. (Bravo.) Er befinde sich bei der Ablehnung des Budgets in Ausübung seines guten Rechts. (Bravo.) Auch sein seliger, verehrter Freund Stahl würde diese Ansicht vollkommen billigen, wie hervorgehe aus einem Gespräche, das derselbe einmal in Brandenburg mit ihm gehabt. Dabei habe Stahl geäußert, in einem Falle, wie dem jetzt vorliegenden, würden nach § 108 der Verf. die Steuern forterhoben. — Er sei für sofortige Ablehnung des Budgets ohne alle Zwischenversuche. Die Grundsteuer-Regulirung gehe in bester Weise vor sich und dadurch gewinne die Regierung die Mittel zur Bestreitung der nöthigen Ausgaben. Die ökonomische Lage des Landes sei eine blühende. Dieselben Mitglieder der Majorität des Abg.-Hauses, die jetzt die Mittel für die Reorganisation gestrichen, hätten früher die Reorganisation gutgeheißen. Und dieselbe sei gut, wenn nicht aus militärischen, so gewiß aus politischen Gründen.

Man möge sich nur aus der englischen Geschichte erinnern, welche Folgen es hatte, als König Karl nur einen Theil seiner militärischen Macht aus Händen gab. Nicht um Recht handle es sich für die Majorität des Abgeordneten-Hauses, sondern um Prätensionen, um das Streben nach Minister-Portefeuilles. Auch in Frankreich hätten sich die gefährlichen Folgen einer Schwächung der königlichen Macht und der parlamentarischen Regierung gezeigt. England habe allerdings eine parlamentarische Regierung, das sei nicht zu leugnen. Dieselbe werde aber geübt von einer aristokratischen Partei, von Leuten, die reich seien und die Politik zu ihrem Lebens-Beruf machten und die keine Diäten bezögen. Schaffe man die Diäten aus unserem Abgeordneten-Hause weg, so könnten wir dahin auch kommen! (Bravo.) Auf dem von dem Abgeordneten-Hause betretenen Wege komme man nothwendig zum Absolutismus der Republik oder zum Absolutismus der Monarchie. Eine nochmalige Revision des Budgets sei nicht Aufgabe dieses Hauses. Dessen Stellung sei klar und unzweifelhaft, wie es vom Ministertisch angedeutet. Das Haus habe auch gar keine Befugniß, dem andern Hause derartige Rathschläge zu ertheilen, wie die Commission wolle. Wenn, wie nicht zu leugnen, der Gegensatz einmal vorhanden, so könne das Herrenhaus seine günstige Stellung durch Vermittelungs-Vorschläge nur Aufgeben. Er empfehle deshalb Ablehnung des von dem andern Hause vorgelegten Budgets und Annahme der Regierungs-Vorlage, wie der Arnim-Boytzenburgsche Verbesserungsantrag vorschlage. (Bravo.)

Herr Hasselbach: Die gehobene Stimmung des Vorredners acceptire er sehr gern; man dürfe an der Zukunft des Vaterlandes nicht verzweifeln. Nichtsdestoweniger werde man nicht verkennen, daß die Lage eine sehr ernste sei. — Er erkenne die großen Vortheile der Heeres-Organisation an und hätte gewünscht, daß dieselbe einer recht gründlichen Berathung unterzogen worden wäre. (Der Redner erörtert die einzelnen nach seiner Ansicht vorhandenen Nachtheile, welche durch die Reorganisation beseitigt worden seien.) Er glaube, daß man nicht zu fragen habe, ob etwaige Schritte von Erfolg, sondern man habe nach Pflicht und Gewissen zu handeln, wie es im Interesse des Landes geboten sei. Was die streitigen Befugnisse über die Budgetbewilligung betreffe, so habe man im Jahre 1850 bei den betreffenden Verhandlungen sicher geglaubt, daß das Abgeordnetenhaus, wenn das Herrenhaus in der Lage sei, ein Budget abzulehnen, wohl auf die Bedenken des Herrenhauses eingehen werde. (Redner sucht dies aus den Verhandlungen zwischen den beiden Häusern nachzuweisen, und stützt sich dabei auf die Argumente, die schon im Commissions-Bericht weitläufig auseinandergesetzt sind.) Er könne deshalb nicht annehmen, daß eine Resolution des Herrenhauses, welche dem andern, die Bedenken, die sich erhoben, zur Erwägung stellt, schlechtweg zurückgewiesen werden würde. In der Majorität des andern Hauses machten sich überdies zwei Richtungen geltend. Die eine wolle allerdings Zurückweisung der Reorganisation und Rückkehr auf den Zustand von 1859, die andere aber sei eher geneigt, mit sich reden zu lassen. Man müsse die Zwischenverhandlung unbedingt versuchen und sehen, ob das Abgeordnetenhaus trotz zweimaliger provisorischer Bewilligung den Militär-Etat definitiv verwerfen wolle. Man müsse dies thun, um Viele in ihrem Gewissen zu beruhigen, die bei dem schweren Conflict wenigstens Alles thun möchten, um unheilvolle Folgen zu verhüten. — Redner erinnert daran, daß die Grundsteuer-Bewilligung im engsten Zusammenhange mit der Armee-Organisation gestanden habe. Er will dies darthun durch Verlesung der betreffenden Stellen aus zwei Thronreden und aus den Reden und Beschlüssen des Herrenhauses.

Das Abgeordnetenhaus habe zweimal die Mittel provisorisch bewilligt: er aber sage: wenn das Abgeordnetenhaus die Summe für die neuen Regimenter nur bewilligt hätte, damit dieselben wieder aufgelöst würden, so hätte es sich eines Unrechts gegen die Interessen des Landes schuldig gemacht; er gehe noch weiter und sage, daß die Staatsregierung sich des gleichen Unrechts schuldig gemacht haben würde, wenn sie die Geldbewilligung unter diesen Umständen angenommen hätte. — Diejenigen Mitglieder des Herrenhauses, welche gegen die Resolution seien, fürchteten freilich, daß man nicht ohne Concessionen der Regierung den Frieden mit dem anderen Hause herstellen könne, aber er glaube, daß man doch nicht ohne Concessionen fortkommen werde, uud daß diese je länger, desto schwieriger sein würden. — Der Redner wendet sich gegen die Ausführungen des Prof. Gneist in Wort und Schrift, um zu zeigen, daß die Anwendung englischer Verhältnisse auf preußische Zustände unmöglich sei. Man könne hier keine parlamentarische Regierung haben. — Der Antrag des Grafen Arnim sei verfassungsmäßig nicht zulässig. Das Herrenhaus könne den von dem Abgeordnetenhause amendirten Etat nur annehmen oder ablehnen. Wenn das Herrenhaus die Regierungs-Vorlage herstellen wolle, so würde das Abgeordnetenhaus in die Lage kommen, das Budget zuletzt, anstatt zuerst zu berathen u. s. w. (wie schon im Commissions-Berichte dargelegt). Er bitte noch einmal um Annahme der Resolution. Wenn diese verworfen würde, so wisse er noch nicht, wie er stimmen werde, aber er wisse, daß der den Sieg davon tragen werde, welcher die Gewissen des Landes für sich gewinne; er glaube, daß man weder den Absolutismus von oben, noch den Absolutismus des Unterhauses im Lande wolle.

Dr. v. Zander: Man dürfe keine Mittelwege wählen, sondern sich für oder wider entscheiden, entweder annehmen oder verwerfen. Er werde deshalb nicht für die Resolution stimmen, aber auch nicht für den zweiten Theil des Verbesserungs-Antrages des Grafen Arnim-Boytzenburg, sondern einfach das Budget, wie es aus dem Abgeordnetenhause hervorgegangen, verwerfen. Der Redner begründet diese Ansicht in ausführlicher Rede, ist aber auf der Tribüne nur in einzelnen abgerissenen Worten vernehmbar.

Frhr. v. Diergardt: Er hätte der Heeres-Organisation zugestimmt; seiner Ansicht nach müßten unsere Soldaten besser bezahlt werden. Ein Zustand, wie der gegenwärtige könne nicht lange dauern; die Staatsregierung werde sich entschließen müssen, entweder vor- oder rückwärts zu schreiten, ein Stillstand sei nicht möglich. Ein mäßiger Fortschritt würde zum Heile des Landes gereichen. Er werde trotz der Erklärung des Minister-Präsidenten für die Resolution der Comm. stimmen.

Graf v. Arnim-Boytzenburg: Seit 12 Jahren habe sich die Budgetcomm. einstimmig für die Annahme des Budgets, wie es aus dem andern Hause herübergekommen, ausgesprochen; in diesem Jahr sei die Comm. ebenso einstimmig gegen die Annahme. Die Bedenken, welche die Comm. dagegen hatte, seien im Bericht ausführlich niedergelegt. Seine Bedenken seien dieselben, aber er ziehe einen anderen Schluß daraus; er wolle sich deutlich und bestimmt gegen den Beschluß des andern Hauses aussprechen. In der Annahme der Resolution liege weder eine Annahme noch Ablehnung. Die Schwere des Schrittes einer Ablehnung des Budgets verkenne er nicht; um die Folgen der Ablehnung zu mildern, dazu diene der zweite Theil seines Amendements, der ein Budget wieder herstelle. Sein Antrag sei gerichtet gegen die Majorität des Abgeordneten-Hauses, nicht gegen die Regierung. Es frage sich nur, ob das Herrenhaus zu einem solchen Beschlusse berechtigt sei. Die Gründe für und gegen seien ebenfalls sehr ausführlich im Comm.-Bericht enthalten. Es liege ein Budget des Abgeordneten-Hauses vor, zu dessen einzelnen Theilen die Regierung positiv erklärt habe, daß sie es nicht annehmen könne. Hätte das Herrenhaus sich nicht mit der Reg.-Vorlage selbst zu befassen, so würde dem Hause gar kein Buget vorliegen. Für ihn liege aber das von Sr. Majestät vollzogene Budget so lange vor, bis die Regierung im Auftrage des Königs dasselbe zurückziehe. Das Budget unterscheide sich übrigens nicht im Geringsten von andern Gesetzen. Das Haus habe z. B. heute das Gesetz über die Marine-Bedürfnisse vom andern Hause erhalten. Wahrscheinlich werde dasselbe in der gegenwärtigen Fassung verworfen werden. Solle das Herrenhaus auch hier nicht berechtigt sein, auf die Reg.-Vorlage zurückzugehen?

Der Commissions-Bericht des Hauses sei ein schätzbares Material für das Abgeordneten-Haus, und das Herrenhaus sei wohl berechtigt, dem andern Hause dieses Material zugehen zu lassen. Der Etat sei aber auch von der Regierung Sr. Maj. dem ganzen Landtage und nicht einem Hause allein vorgelegt. Wie solle denn auch eine Verständigung möglich bleiben, wenn das Haus nicht auf die Regierungs-Vorlage zurückgehen könne? Die Verwerfung des Etats, wie er im Abgeordneten-Hause beschlossen, schließe übrigens eine weitere Mittheilung an das andere Haus nicht aus. Der Bericht der Commission werde die Bedenken, welche das Herrenhaus habe, dem Abgeordneten-Hause klar machen und dasselbe werde durch das Zurückgehen auf die Regierungs-Vorlage in die Lage gesetzt, die Bedenken zu erwägen und seine Beschlüsse danach zu modifiziren.

Die entgegenstehenden Gründe des anderen Theils der Commission wolle er kurz beleuchten: Art. 62 der Verfassung, sagten die Gegner, lasse dem Herrenhause nur das Recht, den Etat anzunehmen oder abzulehnen und deshalb sei die Regierungs-Vorlage nicht zu erörtern. Das sei nicht richtig, sonnst müßten auch andere Finanzgesetze nicht wieder an das Abgeordnetenhaus zurückgehen können. Die Geschäftsordnung verlange eine Erledigung der Regierungs-Vorlagen; Verwerfung des vom Abgeordnetenhause übersandten Budgets ohne Inbetrachtnahme des Regierungsetats heiße aber, über den letztern einfach zur Tagesordnung gehn. Das dürfe aber nicht geschehn mit einem auf Befehl Seiner Majestät beiden Häusern vorgelegten Gesetze. — Seine Ansicht entspreche also Schritt für Schritt dem constanten Usus des Hauses und dem Sinne und Wortlaut der Verfassung. Jener allgemeine Usus müsse entscheiden hier, wo ein Specialusus nicht vorliege. Er wiederhole: nach Verwerfung der vom andern Hause festgestellten Fassung sei abzustimmen über die Regierungsvorlage. — Das Haus müsse vielmehr dahin streben, seinen Einfluß, seine Action bei der Budgetberathung möglichst zu erweitern, nicht sie zu hindern und zu beschränken, wie die Gegner wollten.

Sei es aber ein Recht, so sei es auch eine Pflicht des Hauses — gegen das Land und gegen sich selbst — über die Regierungsvorlage abzustimmen und dieselbe anzunehmen. Denn dadurch bekomme das Abgeordnetenhaus Gelegenheit, von seinen Beschlüssen zurückzukommen, und es werde dem Lande gezeigt, daß auch das Herrenhaus Alles daran setze, um einen Zustand zu vermeiden, in dem ein Budget gar nicht vorhanden. — Die Resolution sei ein sehr gefährliches Präcedens. Die Häuser hätten nicht miteinander zu correspondiren, sich ihre Bedenken mitzutheilen, sondern mit Lapidarschrift mit einander zu reden, durch ihre Vota. (Bravo.) Dazu komme die Erklärung der Regierung, daß sie die Resolution für nutzlos halte. Das Haus müsse deshalb diese einzige Gelegenheit ergreifen, sein Einverständniß mit der Regierung zu documentiren und dieselbe dadurch moralisch zu stützen. Für das Haus selbst sei ein solcher Beschluß von höchster Wichtigkeit: seine Befugnisse seien schon jetzt sehr beschränkt, man müsse dieselben bis an die Grenzen der Möglichkeit auszudehnen versuchen, sich nicht durch die gegnerische Deduction aus seinem Recht hinaus interpretiren lassen. (Bravo.) Heut sei das erste und vielleicht das letztemal, darüber zu entscheiden. Bei ruhigeren Zeiten könnte ein Vermittelungsvorschlag vielleicht zum Ziel führen.

Er habe mit Freuden die Ansicht vernommen, daß eine parlamentarische Regierung in Preußen nicht möglich sei. Gebe man aber zu, daß bei Budgetfragen das Abgeordnetenhaus beschließe, die andern Factoren der Gesetzgebung nur „ja" oder „nein" sagen dürfen, dann habe man die parlamentarische Regierung sans phrase (Bravo), dann könne das Abgeordnetenhaus alles erzwingen. Welches auch der constitutionelle Schematismus sei, die Geschichte und die Entwicklung des Landes, die „Macht der realen Verhältnisse" sei immer entscheidend (Bravo). Danach werde Preußen seine eigenartige Entwickelung haben. Wenn man in dem Areopag der Großmächte sitze, habe man die Pflicht, die Stellung als solche zu wahren. Unsere Geschichte und unsere Traditionen würden uns immer den Mittelpunkt der Macht in der Krone und in dem Könige suchen lassen. (Bravo.) Das Haus werde keine andere Gelegenheit haben, sich über die brennenden Fragen auszusprechen, als durch Ablehnung des Commissionsantrages und seines Amendements. Das Haus protestire damit auch seinerseits gegen die parlamentarische Regierung; es stütze und kräftige dadurch die königl. Staatsregierung. „Deshalb, meine Herren, thun wir das Unsrige zur Erreichung dieses Zieles!"

Hr. Camphausen (Köln): Es leuchte ein, daß die Hoffnungen auf einen gütlichen Austrag des Conflicts nicht realisirt werden können, wenn nicht die Versuche zur Ausgleichung von beiden Seiten gemacht werden. Die Erklärung, die heute der Ministerpräsident gemacht, halte ihn nicht davon zurück; er glaube im Gegentheil, daß auch heute noch in materieller Beziehung in der Sache selbst ein Ausweg sich finden lasse. Der Redner bemerkt, daß die Zerrissenheit der geographischen Lage des preußischen Staates, daß weiter die gegenwärtigen Gruppirungen unter den europäischen Mächten eine größere Concentration der preußischen Wehrkraft dringend nothwendig erscheinen ließen. Wir hätten nun allerdings die Illusion, ein Volk in Waffen zu sein, aber die thatsächlichen Machtverhältnisse müßten diese Illusion zerstören. Jeder Staat habe seine nothwendigen Lebensbedingungen, seine Vorzüge und Nachtheile. Man könne nicht die Vorzüge, Preuße zu sein, genießen, ohne die Lasten dieses Berufs mit in den Kauf nehmen zu müssen (Bravo). Man habe nun im Abgeordnetenhause geltend gemacht, daß die Ausgaben für den Militäretat in keinem Verhältniß zu den übrigen Ausgaben ständen. Er glaube aber, daß der Beschluß der Majorität des Abgeordnetenhauses gar nicht der Ausdruck der Majorität gegen den Militäretat sei, sondern andere Zwecke verfolge. Man könne die Stimmung des Landes gegen den Militäretat eine krampfhafte nennen, vorausgesetzt, daß diese Stimmung, wie sie zur Erscheinung gelange, wirklich bestehe. — Der Redner bemerkt dann, daß er zu einer Verwerfung des von dem Abgeordnetenhause beschlossenen Budgets sich nicht verstehen könne. Er wisse nicht, wie sich die Situation gestalten würde, wenn die Reg. nach Verwerfung des Budgets thatsächlich die Ausgaben weiter verfügen würde.

Thatsache sei es, daß bisher in Preußen seit der Verfassung die Regierung eigentlich nur mit der Minorität regiert habe. Wenn die Regierung sich so stellen könne, so bleibe dem Abgeordnetenhause nur die negative Macht, neue Steuern und neue Anleihen zu verhindern. Wenn dem Herrenhause nur die Wahl bliebe, das von dem Abgeordnetenhause votirte Budget anzunehmen, oder abzulehnen, so entscheide er sich für die Annahme. Das Abgeordnetenhaus wisse, daß ein Theil der Ausgaben gar nicht mehr abgelehnt werden könne bei der vorgerückten Session. Der Conflict sei also nicht so bedeutend, jedenfalls müsse aber bei etwaigen Etatsüberschreitungen die Regierung die Verantwortlichkeit übernehmen, und sie nicht dem Herrenhause überlassen. Er würde also dafür stimmen, daß man den kurzen Rest des Etatsjahres nicht zu dergleichen Prinzipienfragen benutzen, sondern die Entscheidung in das nächste Jahr verlegen möge.

Herr Dr. Götze sucht unter ziemlicher Unruhe im Hause, die das Verständniß sehr erschwert, die juristische Berechtigung des Arnimschen Antrages nachzuweisen. Die näheren Ausführungen bleiben völlig unfaßbar, und scheinen im Hause selbst wenig verstanden zu werden. Die Glocke des Präsidenten mahnt wiederholt um Ruhe.

Während dieser Rede hat der Vicepräsident v. Frankenberg-Ludwigsdorff den Vorsitz übernommen.

Hr. v. Richtsteig: Er stelle das Wohl des Landes über das formale Recht; er sei der Nothwendigkeit überhoben, es als eine im ganzen Lande herrschende Ansicht zu bezeichnen, daß in der unglücklichen Lage, in der wir uns befänden, von beiden Seiten gefehlt sei und daß eine Verständigung herbeigeführt werden müsse. Diese Verständigung sei angebahnt durch den Commissionsantrag. Es sei bereits darauf hingewiesen, daß, wenn durch Vermittelung des Hauses eine Verständigung herbeigeführt werden solle, auch von beiden Seiten Concessionen gemacht werden müßten. Er lasse es dahin gestellt, ob der Staat die Mehrausgabe für das Heer auf die Dauer tragen könne; es handle sich aber nicht blos um Geld und Gut, sondern um Leib und Blut, und eben deshalb habe das Haus die Verpflichtung, ehe es einen definitiven Beschluß fasse, eine Verständigung anzubahnen. Dazu sei, wie er bereits bemerkt, der Commiss.-Vorschlag der allein geeignete Weg; er empfehle dessen Annahme.

Hr. v. Meding: Er habe den Berathungen der Budgetcommission von Anfang an beigewohnt, und zu dem Zustandekommen des Vermittelungsvorschlages beigetragen. Die Sachlage habe sich jetzt durch die inzwischen stattgefundenen Beschlüsse des andern Hauses geändert, insbesondere durch die Annahme der Forckenbeck'schen Resolution. Für ihn und viele seiner Freunde sei dadurch die Ueberzeugung zweifellos geworden, daß jetzt jeder Vermittlungsversuch vergeblich sein müsse. Deshalb würden sie nunmehr gegen den Commiss.-Antrag stimmen und sich dem Arnim-Boytzenburg'schen Amendement anschließen. Das sei der praktische, angemessene und würdige Weg zur Verständiguug. Die rechtliche Zulässigkeit desselben habe der Antragsteller in überzeugender Weise nachgewiesen. Würde das Amendement angenommen, so habe man etwas Positives, das ordnungsmäßig der Beschlußfassung des andern Hauses unterbreitet werde könne. Er bitte deshalb dringend um möglichst einstimmige Annahme desselben.

Nach dieser Rede wird die Sitzung um 3¾ Uhr auf morgen Vormittag 10 Uhr vertagt.

[Die Diskussion im Herrenhause] wird wohl morgen zu Ende kommen; die Annahme des Arnimschen Amendements gilt für gewiß, um so mehr als die Erklärung des Ministerpräsidenten günstig für dasselbe gedeutet werden muß. Nach den Erklärungen des Grafen Arnim und des Herrn v. Meding würde an die Annahme des Arnimschen Amendements eine desfallsige Mittheilung an das Haus der Abgeordneten und demnach eine weitere Verhandlung sich schließen, so wie eine erneuerte, definitive Beschlußnahme des Herrenhauses nöthig werden. Es wäre also demnach ein sofortiger Schluß der Session nicht zu erwarten, und die Ausgleichung, welche die Regierung bisher beim Abgeordnetenhause versucht haben will, würde nunmehr den Verhandlungen zwischen beiden Häusern überlassen, — falls nämlich das Haus der Abgeordneten (was es nicht wird und kann) auf Verhandlungen dieser Art eingehen sollte.

Berlin 10. Oktbr. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Rechnungsrath a. D. Carl Christoph Grunow zu Berlin den rothen Adlerorden vierter Klasse und dem Schullehrer Lange zu Wuhden im Kreise Lebus das allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Vorsteher des preußischen Postamts in Bremen, Postdirektor Dr. Bartsch, den Charakter als preußischer Ober-Post-Direktor zu verleihen; ferner die von der Stadtverordneten-Versammlung auf sechs Jahre getroffene Wahl des vormaligen Präsidenten der Ober-Rechnungs-Kammer Seiffart zum Beigeordneten der Stadt Nordhausen zu bestätigen.

Der Geheime expedirende Sekretär und Kalkulator, Rechnungs-Rath Lamlé ist auf seinen Antrag vom 1. Januar 1863 ab mit der gesetzlichen Pension in den Ruhestand versetzt worden.

Berlin, 10. Oktbr. Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Professor Dr. v. Gräfe an der Universität zu Berlin, zur Anlegung des von des Sultans Majestät ihm verliehenen Medschidje-Ordens dritter Klasse, und dem Prof. Dr. Firmenich-Richartz zu Köln zur Anlegung des von des Königs von Baiern Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes erster Klasse des Verdienst-Ordens vom heiligen Michael die Erlaubniß zu ertheilen. (St. A.)

Berlin, 10. Oktbr. [Die Antwort des Königs an die halle'sche Ergebenheits-Deputation.] Die „Kreuzzeitung" berichtet: Vorgestern Mittag empfing Se. Maj. der König aus den Händen einer Deputation von sechs Mitgliedern zu Schloß Babelsberg eine von 745 Bewohnern von Halle a. d. S. unterzeichnete Adresse gegen die neueren Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, aus der wir — beim Mangel an Raum — nur den folgenden Satz herausheben:

„Wir können in der Richtung, welche die Mehrheit des jetzigen Abgeordnetenhauses seit Monaten eingeschlagen hat, besonders in den neuesten Beschlüssen über das Militärbudget, nur eine traurige Verirrung sehen, welcher nachzugeben, der unfehlbare Weg sein würde, unser theures Vaterland, dessen Regierung Gott der Herr in die Hände Eurer Majestät gelegt hat, der Macht und des Ansehens, welche die Anstrengungen zweier Jahrhunderte ihm errungen haben, zu berauben und uns Alle aus Unterthanen unseres angestammten geliebten Königs zu Knechten demokratischer Volksführer zu machen."

Auf eine kurze Anrede des Wortführers Geh. Raths Dr. Witte erwiderte Se. Maj. im Wesentlichen Folgendes: Sagen Sie denen, in deren Auftrag Sie gekommen sind, daß es Meinem Herzen sehr wohl thut, wenn solche Gesinnungen ausgesprochen werden. Aehnliche Zustimmungen sind bereits aus verschiedenen Theilen des Landes an Mich gelangt, und noch mehrere sind Mir angekündigt. Uebergriffe der von Ihnen bezeichneten Art haben schon mehrfach stattgefunden; bei der Reorganisationsfrage aber ist es zum Durchbruch gekommen. Ich habe nach längerer Erwägung die Reorganisation des Heeres beschlossen, um, ohne übermäßige Opfer, die Wehrhaftigkeit Preußens, wie es die jetzige Weltlage erfordert, zu mehren, und um die Dienstpflicht der älteren Landwehrmänner zu erleichtern. Ich bin überzeugt, daß ihre Durchführung für das Wohl des Landes und des Volkes schlechthin nothwendig ist, und werde bei ihr beharren. Man hat Mich auch recht gut verstanden, aber man will nicht, was Ich bezwecke. Man zielt mit dem Widerspruche gegen Meine Maßregel auf etwas ganz Anderes. Ich stehe nach wie vor auf Meinem Programm vom Jahre 1858, und bin fest entschlossen, die Verfassung treu zu halten, so lange man sie Mir nicht selbst aus den Händen reißt; Uebergriffe aber werde Ich mit allen Mitteln, die Mir zu Gebote stehen, zurückweisen, und rechne dabei auf Meine getreuen Unterthanen.

So wie die Unterschriften der Adresse aus den verschiedensten Ständen herstammen, war auch die Deputation ziemlich bunt zusammengesetzt worden. Der König ließ sich die einzelnen Mitglieder vorstellen und richtete an einen Jeden besondere sehr huldreiche Worte. Als der Sprecher der Deputation sich erlaubt hatte, schließlich zu sagen: Gott stärke Eure Majestät in diesem unvermeidlichen Kampfe mit der rechten Kraft, die von oben kommt, nahm der König nochmals das Wort und sagte: Ja, ohne Gott können wir freilich Alle nichts; von Ihm muß uns die Hilfe kommen! Aber auch vor Gott will man sich jetzt nicht mehr beugen und nur auf die eigne Kraft vertrauen. Das ist der Grund so vielen Unheils.

Graudenz, 8. Okt. [Die Verurtheilungen.] Nach dem heute publizirten Erkenntniß ist, wie der „Bromb. Ztg." geschrieben wird, der Chef der unglücklichen 12. Compagnie, Hauptmann v. Besser, zu einen 6monatlichen Festungsarrest verurtheilt, welche Strafe er auf der Festung Pillau verbüßen wird. Nach verbüßter Strafe tritt er in dasselbe Regiment als Compagniechef ein. Der am härtesten zu 19 Jahren 9 Monaten verurtheilte Unteroffizier Klatt ist auf dem Transporte nach der Festung Thorn entwichen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit für diejenigen Leser, denen die Gründe der erfolgten Verurtheilung von 101 Mann der Compagnie nicht mehr erinnerlich sein sollten, bemerken, daß das Verbrechen der Compagnie darin bestand, daß sie, durch harte Behandlung ihres Hauptmanns aufgereizt, auf dem Exercierplatze in Masse dem Commando des Herrn von Besser den Gehorsam versagte, und trotz aller Befehle Gewehr beim Fuß stehen blieb. Der größte Theil der Verurtheilten scheint kein klares Bewußtsein von der Strenge gehabt zu haben, mit welcher die Militärgesetze dies Vergehen ahnden.

Deutschland.

München, 9. Okt. [Die Königin von Neapel flieht vor ihrem Gemahl ins Kloster.] Die Königin von Neapel verweilte während ihres Hierseins auf dem der Familie gehörigen, ganz abgeschlossenen Lustschlosse Biederstein, das in der nächsten Umgebung Münchens liegt; man fand dies im Publikum auffallend, denn man konnte sich nicht erklären, warum die einst so frohsinnige Prinzessin sich in die Einsamkeit zurückziehe. Am Montage Früh bemerkte man am Hofe, daß irgend ein Ereigniß die Familie berührt habe. Nachmittag erfuhr man, daß die Königin von Neapel sich ohne ihre neapolitanische Begleitung von Biederstein entfernt habe, wohin, wußte Niemand. Ein Brief an den König als den Chef des Hauses gerichtet, zeigte den Entschluß seiner Cousine an, in dem Nonnenkloster zu Augsburg fortan den Rest ihrer Tage verleben zu wollen; dieser Entschluß sei fest gefaßt, Niemand werde sie davon abbringen. Als die Königin Marie vor einigen Wochen von Rom hier ankam, fand das Publikum alsbald heraus, daß sie unglücklich sei. Die arme Frau hatte es nur mit der größten Mühe durchsetzen können, daß sie die Reise nach der Heimath machen durfte; sie sah sich in Neapel und Rom von der peinlichsten Etikette förmlich gebannt, vertrocknete Hofleute und ausgekühlte, zu Betschwestern bekehrte Duennen bewachten jeden ihrer Schritte; ihren körperlich und geistig herabgekommenen Gemahl konnte sie nicht achten, er war ihr kein Gemahl und die Stiefmutter der Premierminister, der alles tyrannisirte. Als lebensfrohes Mädchen reiste die jugendliche Prinzessin nach dem schönen Neapel, doch nur einige Tage währte der Traum einer heiteren Zukunft. Abgesehen von dem ihr überall in der Hofluft entgegentönenden Rufe: das schickt sich nicht, sollte sie sich der strengen Askese der Schwiegereltern fügen und mußte sich wegen ihres moralischen Verhaltens der peinlichsten Ueberwachung in Neapel und Rom unterwerfen. Die 21jährige Königin zeigt jetzt ein kummervolles Antlitz; sie ist noch gewachsen, aber hager geworden; der Ruf, den sie gegen eine Vertraute in Possenhofen in Gegenwart ihrer kaiserl. Schwester ausgestoßen: „Ach hätte mich in Gaeta eine Kugel getroffen!" und der hier trotz der Exclusivität der Hofkreise bekannt geworden ist, sagt alles. Als die Königin von Neapel das väterliche Palais betrat, bemerkte sie unter der Dienerschaft des Hauses ihre frühere Zofe; sie ging rasch auf diese zu, doch kaum hatte sie der ihr lieb Gewordenen die Hand gereicht und einige freundliche Willkommsworte gesprochen, so trat eine zitronenfarbige gräflich neapolitanische Duenna heran und rief zum Erstaunen der Dienerschaft: Majestät, Sie vergessen sich!" Gleich nach ihrer Ankunft in München erklärte die Königin, daß sie nicht mehr nach Rom zurückkehre; um den Eclat zu verhüten, kamen ihr Schwager und ihre Schwester, Graf und Gräfin von Trani, von Rom bald darauf nach München. Es soll zu Scenen im Familienkreise gekommen sein, welche die Königin immer mehr verdüsterten, allein sie setzte es trotz des Widerstrebens ihres Hofstaates durch, daß man ihr in Begleitung ihres ältesten Bruders, des morganatisch mit einer ehem. Schauspielerin vermählten Prinzen Ludwig, eine Wallfahrt nach Altötting zu dem berühmten Heiligenbilde der schmerzenreichen Mutter Gottes gestattete. Das Publikum meinte dazu, da die Reise dahin im einfachen Postwagen geschah, diese bezwecke einzig und allein die Erflehung eines Leibeserben, weil die Wallfahrt der Gemahlin des Prinzen Adalbert, der spanischen Infantin, vor vier Jahren vom ersehnten Erfolge gekrönt worden war. In der Kirche lag das herzogliche Kind drei Stunden im Gebete versunken, dort muß ihr Entschluß, den Weltfreuden zu entsagen, gereift sein. Gestern Mittag begab sich König Max und die Königin nach Augsburg und besuchten ihre Verwandte im Kloster; die Mutter der Königin von Neapel fuhr mit dem gewöhnlichen Personenzuge später dahin. Man sagt sich hier, die Tochter wolle von der Mutter, die nichts im Auge habe als ihre Töchter hoch anzubringen, nichts wissen. Die Königin von Neapel hat bestimmt erklärt, lieber den Schleier nehmen zu wollen, als nach Rom zurückzukehren; ob dieser Entschluß durch den Besuch unsrer Majestäten und ihrer Mutter wankend gemacht werden kann, wird sich zeigen. König Ludwig, der jetzt in Rom weilt und sich dort sehr wohl gefällt, wird wohl seine Nichte gegen ihre Stiefschwiegermutter, die Königin-Wittwe von Neapel, eine Tochter des Erzherzogs Karl von Oesterreich, vertreten und sich bemühen, eine Versöhnung der erbitterten Gemüther herbeizuführen. Er soll von Anfang an gegen die neapolitanische Heirath gewesen sein. (Magd. Z.)

Schweiz.

Bern, 7. Oct. [Ueber die schon gemeldete Einweihung des Denkmals für Heinrich Simon] bei Murg am Wallenstätter See wird noch folgendes Nähere von Interesse sein. Die Frühzüge hatten Freunde und Gesinnungsgenossen Simon's zum Theil aus weiter Ferne herbeigeführt, so Jacoby aus Königsberg, Borchardt aus Manchester, Ludwig Simon und Bamberger aus Paris, Moritz Hartmann von Genf und andere. Von Vereinen hatten sich mit ihren Fahnen eingefunden die deutschen Polytechniker von Zürich, der Sängerverein von Murg und die deutschen Vereine von Glarus und Schwandten. Außerdem war eine größere Anzahl der Mitglieder der Harmoniegesellschaft von Zürich auf die Einladung ihres Directors, des Herrn Heim, herbeigekommen, welcher mit der Familie Simon nahe befreundet ist, und aus Rücksicht auf den Umstand, daß mehrere Angehörige dieser Familie Mitglieder der Harmonie gewesen sind. Um 11 Uhr bewegte sich der Festzug zu dem Monumente hinauf. Die Feier begann nach einleitenden Gesängen mit der Uebergabe des Denkmals durch Johann Jacoby an die Gemeinde Murg, worauf der greise Präsident der Gemeinde in kurzen, herzlichen Worten antwortete. Dann folgte die Festrede, gehalten von Moritz Hartmann, in welcher derselbe namentlich die Bedeutung Simon's hervorhob, als des mannhaften Vertreters jenes strengen Rechtsbewußtseins, welches sich gegen die Willkürbestrebungen der Reaction fort und fort im deutschen Volke geltend macht. Nach Moritz Hartmann trat Herr Oberst Bernold von Wallenstadt auf und pries, anknüpfend an die Verdienste des Verstorbenen, den Segen der Geistes- und Stammverwandtschaft zwischen Deutschland und der Schweiz. Gesang verknüpfte die einzelnen Vorträge und bildete den Schluß. Einen tiefen Eindruck auf alle Zuhörer machte namentlich die von den anwesenden Harmonisten trefflich vorgetragene „Wacht am Rhein". Ein gemeinsames Mittagsmahl, in der herrlichen Natur im Freien angeordnet, vereinigte dann alle Festtheilnehmer. Patriotische Reden und Lieder flossen reichlich, bis die Eisenbahn zum Aufbruche mahnte. (Magd. Z.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 10. Oktbr. 10 U. Ab.	335,40	+6,6	O. 1.	Heiter.
11. Oktbr. 6 U. Morg.	334,34	+3,0	SO. 1.	Nebel.
Berlin, 9. Oktbr. 2 U. Nachm.	339,87	+12,7	W. 1.	Heiter.
Wien, 8. Oktbr. 10 U. Abds.	333,49	+7,6	SSO. 0.	Heiter.

Wasserstand.

Breslau, 11. Okt. Oberpegel: 12 F. 8 Z. Unterpegel: — F. 9 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 10. October, Nachm. 3 Uhr. Die Börse war heute in matter Haltung. Consols von Mittags 12 Uhr waren 94 eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 71, 90. 4½proz. Rente 98, 65. Italienische 5proz. Rente 74, —. 3prz. Spanier 49¾. 1prz. Spanier 45⅝. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 510. Credit-mobilier-Aktien 1205. Lomb. Eisenbahn-Aktien 635. Oesterr. Credit-Aktien —.

Paris, 10. Oct. Nach dem soeben erschienenen Bankausweise hat sich das Portefeuille um 65¾ Mill. Fr. vermehrt, der Baarvorrath um 29⅜ Mill. Fr. vermindert.

London, 10. Oct., Nachm. 3 Uhr. Silber 61¼. Consols 93⅞. 1prz. Spanier 45¼. Mexikaner 33⅝. Sardinier 84. 5proz. Russen 95. Neue Russen 94½. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 7½ Sch., Wien 12 Fl. 45 Kr.

Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Noten-Umlauf 21,369,825, der Metallvorrath 16,548,156 Pfd. St.

Triest, 10. Oct. Der fällige Lloyddampfer ist mit der Ueberlandspost aus Alexandrien eingetroffen.

Wien, 10. Oct., Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Börse ruhig, fest. 5proz. Metall. 71, 50. 4½proz. Metall. 62, 75. Bank-Aktien 798. Nordbahn 194, —. 1854er Loose 90, 50. National-Anleihe 83, 20. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 249, —. Creditaktien 227, 50. London 122, 10. Hamburg 91, —. Paris 48, 35. Gold —, —. Silber , —. Böhmische Westbahn 179, —. Lombardische Eisenbahn 284, —. Neue Loose 130, —. 1860er Loose 90, 10.

Frankfurt a. M., 10. Octbr., Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Oesterr Spekulationspapiere etwas billiger abgegeben, dagegen Wechsel auf Wien höher bezahlt. — Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbacher 139½. Wiener Wechsel 96¼. Darmst. Bankaktien 231½. Darmst. Zettelbank 253. 5proz. Metall. 56½. 4½proz. Metall. 49¼. 1854er Loose 72⅞. Oesterr. National-Anleihe 66⅛. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 237. Oesterr. Bank-Antheile 762. Oesterr. Credit-Aktien 216. Neueste österr. Anleihe 73⅜. Oesterr. Elisabet-Bahn 120½. Rhein-Nahe-Bahn 28¼. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 127.

Hamburg, 10. Oct., Nachm. 2 Uhr 30 M. Lebhafte Umsätze in Nordbahn. Schluß-Course: National-Anleihe 67. Oesterr. Credit-Aktien 91¼. Vereinsbank 102 Norddeutsche Bank 99¼. Rheinische 97. Nordbahn 65¼. Disconto 3½. Wien 94, 25. Petersburg 30⅝.

Hamburg, 10. Oct. [Getreidemarkt.] Weizen loco einige Thaler billiger zu kaufen, ab auswärts weichend. Roggen loco fest, ab Königsberg pr. Frühjahr zu 75 zu haben. Oel pr. Okt. 31, pr. Mai 29⅝. Kaffee ruhig.

Liverpool, 10. October. [Baumwolle.] 2000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert. Wochenumsatz 44,570 Ballen. Orleans 27¾, Upland 26¾.

London, 10. October. Getreidemarkt (Schlußbericht). Guter englischer Weizen zu Montagspreisen verkauft, in geringeren Sorten unregelmäßiger Umsatz, fremder vernachlässigt. Frühjahrsgetreide langsam und billiger. — Schönes Wetter.

Berlin, 10. Okt. Der Speculation wollte es heute nicht mehr gelingen, die Haussierichtung in Fluß zu erhalten, obgleich es an Anstrengungen, besonders was die österreichischen Effekten und unter diesen wieder vorzugsweise böhmische Westbahn betrifft, nicht fehlte. Die Verkaufslust überwog in diesen Papieren, und fand Nahrung in den etwas gedrückten auswärtigen Notirungen von gestern, denen aus Wien von heute Vormittag und Mittag, ein wenig nachgebende Course gefolgt. Nur Valuta stellte sich günstiger, London von 122, 50 bis 122, 10 und Westbahn unverändert; erst meldete man 178, 50, später 179. Das Geschäft in den erwähnten Effekten war immerhin belangreich. Von Eisenbahnen bleibt zu berichten, da sie im Allgemeinen sich fest zeigten und einzelne, wie Kosel-Oderberger, Oberschlesische, Tarnowitzer, Mainzer, Wittenberger, Nordbahn in nicht kleinen Summen zum Umsatz gelangten. Bankpapiere waren gut behauptet, und der Verkehr in Darmstädtern, Genfern, Meiningern, Disconto-Commandit-Antheilen ebenfalls nicht unbeträchtlich. Geld fand zu 3¼ pCt. Placement. (Bk.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 10. October 1862.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anleihe	4½	102½ bz.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4½	99⅝ B.
dito 1854, 55A. 57	4½	102⅞ bz.
dito 1853	4	99⅞ bz.
dito 1859	5	108⅜ bz.
Staats-Schuld-Sch. …	3½	91¼ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	128 B.
Berliner Stadt-Obl. ..	4½	103¾ G.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärker	3½	93 bz.
dito dito	4	101¾ bz.
Pommersche …..	3½	92 bz.
dito neue …..	4	101 bz.
Posensche …….	4	104¾ G.
dito …………	3½	99¼ bz.
dito neue ……	4	99 bz.
Schlesische…….	3½	94¾ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärker	4	100¼ B.
Pommersche …..	4	100⅝ bz.
Posensche …….	4	99⅝ bz.
Preussische ……	4	99⅞ bz.
Westf. u. Rhein..	4	99¾ B.
Sächsische …….	4	100½ G.
Schlesische…….	4	100⅝ G.
Louisdor …………	—	110 G.
Goldkronen ………	—	9. 7⅜ G.

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metall ……	5	59¼ B.
dito 54r Pr.-Anl….	4	75 bz.u.B.
dito neue 100 fl.-L.	—	70¾ etw. à 71 bz.
dito Nat.-Anleihe ..	5	68¾ A. à ½ bz.
dito Bankn. n. Whr.	–	82⅞ bz
Russ.-engl. Anleihe ..	5	96 G.
dito 5. Anleihe ….	5	88¾ bz.u.G.
dito poln. Sch.-Obl.	4	85 bz.u.G.
Poln. Pfandbriefe….	4	— — —
dito III. Em…….	4	88¾ bz.u G.
Poln. Obl. à 500 Fl. .	4	93¾ G.
dito à 300 Fl..	5	95 G.
dito à 200 Fl. .	—	24 G.
Poln. Banknoten …..	—	90 bz.
Kurhess. 40 Thlr. ….	—	57¾ B.
Baden 35 Fl. ……..	—	31¾ B.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	Cours
Aach.-Düsseld…	3½	3½	87½ bz.
Aach.-Mastricht.	3½	4	30½ bz.
Amst.-Rotterdam	5 1/16	4	94 bz.
Berg.-Märkische	6½	4	111¼ B.
Berlin.Anhalter	8¼	4	141½ bz.
Berlin-Hamburg.	6	4	121 B.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	210½ G.
Berlin-Stettiner .	7 1/12	4	134 bz.
Breslau-Freibrg.	6⅞	4	138¾ bz.
Cöln-Mindener ..	12¼	3½	188 bz.
Franz. St.-Eisenb.	6 7/10	5	135 bz.
Ludw.-Bexbach .	8	4	139 G.
Magd.-Halberst. .	22½	4	324 G.
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	45¾ bz.u.G.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	126 bz.
Mecklenburger ..	2⅞	4	62½ à 61¾ bz.
Münster-Hammer	4	4	97¾ bz.
Neisse-Brieger ..	3½	4	85 bz.
Niederschles…..	4	4	99½ bz.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	68 bz.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	66¼ à 66 bz.
dito Prior ….	—	4½	— — —
Oberschles. A…	7 9/16	3½	175 à 174½ bz.
Oberschles. B…	7 9/16	3½	154 bz.
dito C…	7 9/16	3½	175 à 174½ bz.
dito Prior A…	—	4	— — —
dito Prior B…	—	3½	— — —
dito Prior C…	—	4	97½ B.
dito Prior D..	—	4	97½ B.
dito Prior E…	—	3½	86⅛ G.
dito Prior F…	—	4½	101¾ bz.
Oppeln-Tarnow.	⅝	4	50¾ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	60 à 59¼ bz.
Rheinische ……	5	4	98¼ bz.
dito (St.) Pr…	—	4	106 bz.
dito Prior ….	—	4	95¾ G.
dito III. Em…	—	4½	100 bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	25¼ G.
Ruhrort-Crefeld .	3 11/15	3½	91 bz.
Starg.-Posener ..	4	3½	114½ bz.
Thüringer ……	6⅔	4	127 etw. bz.
Wilhelms-Bahn .	—	4	60¼ à 59¾ bz.
dito Prior ….	—	4	93¼ bz.
dito III. Em..	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	93½ B.
dito dito	—	5	96½ B.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	Cours
Berl. K.-Verein .	5 13/30	4	117 etw. bz.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	94¾ bz.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	84 G.
Bremer "	5⅖	4	104½ bz.
Coburg. Credit A.	3	4	81 B.
Darmst. Zettel-B.	8 5/9	4	101⅞ G.
Darmst. Credb.A.	5	4	93½ bz.
Dess. Creditb. A.	—	4	2⅞ bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	101½ à ¾ bz.
Genf. Creditb. A.	—	4	46 bz.u.G.
Geraer Bank …	5¾	4	94¾ bz.
Hamb.Nord.Bank	5	4	98¾ B.
" Ver.-Bank	5 15/16	4	101½ G.
Hannov. "	4½	4	99¼ B.
Leipziger "	3	4	81 bz.u.B.
Luxembrg. "	10	4	105 B.
Magd. Priv. "	4 3/10	4	91½ G. Klgkt. bz.
Mein. Creditb. A.	6	4	96¾ mehr. bz.G.
Minerva Bgwk.A.	—	5	30½ bz.
Oester.Creditb.A.	7¾	5	92¾ à ½ bz.
Pos. Prov.-Bank	5 11/20	4	98¾ B.
Preuss. B.-Anthl.	4 7/10	4½	122¾ G.
Schl. Bank-Ver.	6	4	99 G.
Thüringer Bank	2⅝	4	59½ mehr. bz.
Weimar. Bank..	4	4	88 bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam ………	10T.	143¾ bz.
dito ……………	2 M.	143 bz.
Hamburg…………	8 T.	151⅞ bz
dito ……………	2 M.	150⅞ bz.
London …………	3 M.	6. 21⅜ bz.
Paris……………	2 M.	80 1/12 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	82⅝ bz.
dito……………	2 M.	81¾ bz.
Augsburg ………	2 M.	56. 26 bz.
Leipzig …………	8 T.	99⅜ G.
dito ……………	2 M.	99⅓ G.
Frankfurt a. M. ….	2 M.	56. 28 bz.
Petersburg………	3 W.	98½ bz. 3 M. 97⅞ b.
Warschau…………	8 T.	89½ bz.
Bremen ………	8 T.	110⅛ bz.

Stettin, 10. Octbr. [Produkten-Bericht von Joseph Neisser.] Weizen, höher bezahlt, schließt matt, am Landmarkt 68—72 Thlr. nach Qual. bez., loco pr. 85pfd. feiner gelber märker 73½ Thlr. bez., gelber schles. 71½—72½ Thlr. bez., geringer galiz. 66—67 Thlr. bez., bunter posener 72—73 Thlr. bez., poln. blausp. 70 Thlr. bez., ungarischer 65½ Thlr. bez., weißer krakauer 74 Thlr. bez., gelber pomm. 73 Thlr. bez., 83—85pfd. gelber pr. Oktbr. 73—73¼—73 Thlr. bez., pr. Okt.-Novbr. dito 72½ Thlr. Br., pr. Frühj. 72½ Thlr. bez. — Roggen fest, am Landmarkt 48—51 Thlr. nach Qual. bez., pr. 2000 Pfd. 50½—51½ Thlr. bez., pr. Oktbr. 50½—50¾ Thlr. bez. und Br., pr. Oktbr.-Novbr. 48¼ Thlr. bez., 48½ Thlr. Br., pr. Frühjahr 45½ Thlr. bez. und Gld., 45¾ Thlr. Br. — Gerste am Landmarkt 34—37 Thlr. nach Qual. bez., loco pr. 70pfd. schlef. 41¼—41¾ Thlr. bez., feine rollend 42 Thlr. bez., 69—70pfd. vorpomm. pr. Frühj. 36 Thlr. bez. — Hafer am Landmarkt 25—28 Thlr. nach Qual. bezahlt, loco pr. 50pfd. 25—26 Thlr. bez., 47—50pfd. pr. Frühj. 24½ Thlr. bez. — Erbsen am Landmarkt 48—52 Thlr. nach Qual. bez. — Rüböl unverändert, loco 14½ Thlr. Br., pr. Oktbr. 14⅓ Thlr. bez., pr. April-Mai 14 Thlr. bez. — Leinöl loco incl. Faß 14¾ Thlr. Br. — Spiritus steigend bezahlt, loco ohne Faß 16⅔ Thlr. bez., an Producenten 16⅓ Thlr. bez., kurze Lieferung 16 7/12 Thlr. bez., pr. Oktbr. 16⅝—16⅔ Thlr. bez. und Br., pr. Oktbr.-Novbr. 15¾—15⅚ Thlr. bez., pr. Frühjahr 15 7/12—⅝—⅔—¾—⅚ Thlr. bez.

Breslau, 11. Oktbr. Wind: Nord. Wetter: neblicht, kalt. Thermometer Früh 2° Wärme. Im Allgemeinen war die Stimmung für Getreide fester, bei nicht umfangreichen Zufuhren.

Weizen preishaltend; pr. 85pfd. weißer 73—84 Sgr., gelber 73—80 Sgr. — Roggen gefragter; pr. 84pfd. 55—57—58 Sgr., feinster bis 59 Sgr. — Gerste mehr beachtet; pr. 70pfd. 39—41½ Sgr., feinste weiße Sorten 41—43 Sgr. — Hafer behauptet; pr. 50pfd. schlesischer 24—25 Sgr. — Erbsen, Wicken und Bohnen stilles Geschäft. — Rapskuchen 52—54 Sgr. — Oelsaaten ohne Aenderung. — Schlaglein matt.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen…….	73—79—84	Wicken ……………	38—40—44
Gelber Weizen …….	73—77—81		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen ………….	55—57—59	Schlag-Leinsaat ….	170—180—195
Gerste………….	37—40—43	Winter-Raps…….	224—242—248
Hafer ………….	23—25—27	Winter-Rübsen …..	215—232—242
Erbsen ………….	48—52—56	Sommer-Rübsen ….	194—208—212

Kleesaat beschränktes Geschäft, rothe 9—10½—11½—13 Thlr., neue 13½—16 Thlr., weiße 9—11½—14½—16½ Thlr., neue 14—17—19 Thlr., hochfeine Sorten beider Farben über Notiz bezahlt.

Thymothee 6—7½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 18—21 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 14¼ Thlr. Br., Termine 14⅙ Thlr. Br. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 15⅓ Thlr., pr. Oktober und Frühjahr 15¼ Thlr. Br.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.